

Nagra-Strategie: Lagerorte bestimmt?

Im geheimen Dokument tauchen die Standorte Wellenberg und Jurasüdfuss gar nicht auf

VON CATHERINE BOSS UND OLIVER ZIHLMANN

BERN Die interne Aktennotiz trägt das Zeichen AN11-711, sie datiert vom 18. November 2011, Titel: «Explorationsplanung». Auf Seite 13 steht der Vermerk «vertraulich». Im Dokument skizziert die Nagra eine Strategie der nächsten Jahre für die Suche nach einem Lagerort für den radioaktiven Abfall. Das 20-seitige, mit Hunderten von Details bestückte Dokument wirft viele Fragen auf.

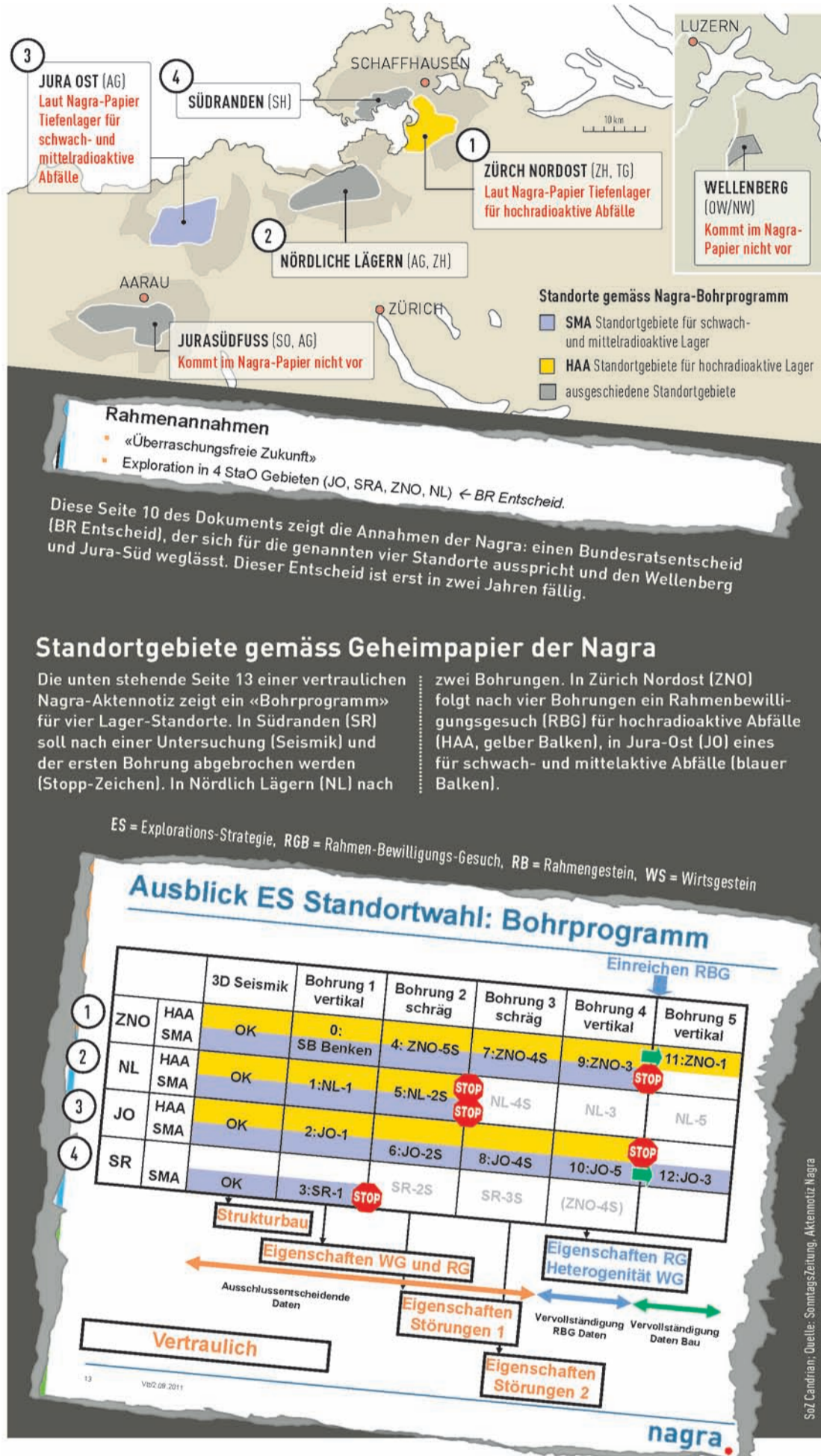
Zurzeit stehen sechs Standorte zur Auswahl. Sie alle seien für ein Lager geeignet, bestimmten die Nagra und der Bundesrat vor einem Jahr. Jetzt sollen die Gebiete aufwendig untersucht werden, worauf der Bundesrat frühestens 2014 zwei Standorte von der Liste streichen wird. Doch das vertrauliche Papier der Nagra zeigt ein anderes Bild. Unter dem Titel «Rahmenannahmen» nimmt die Nagra in ihrem Szenario den künftigen Beschluss des Bundesrates bereits vorweg. Auf Seite 10 steht: Exploration an 4 Standortgebieten, BR Entscheid». BR steht für Bundesratsentscheid. Die vier Standorte werden mit Namen genannt. Es handelt sich um das Gebiet Zürich Nordost, Südanden in Schaffhausen, Jura-Ost mit dem Bözberg und die Region Nördlich Lägern (siehe Grafik). Die beiden Regionen Wellenberg (NW/OW) und Jurasüdfuss (AG/SO) hingegen fehlen, sie kommen im ganzen Dokument mit keinem Wort vor.

Planungsszenario für Lager in Zürich Nordost und Jura-Ost

Trotzdem halten dort örtliche Komitees seit Monaten Sitzungen ab, um mögliche Plätze für Oberflächenanlagen zu diskutieren. Für diese Verfahren werden bis 2016 jährlich pro Standort über eine Million Franken verbraucht – die Aufwendungen der Nagra und der Bundesbehörden nicht eingerechnet. Dies bezahlen die Schweizer mit ihrer Stromrechnung; die Nagra ist von den Energiekonzernen finanziert.

Auf Seite 13, die den Vermerk «vertraulich» trägt, geht es um ein detailliertes Planungsszenario bis zum Bau zweier Lager; eines für hoch radioaktive Abfälle und eines für schwach- und mittelaktiven Atommüll. Das Nagra-Dokument zeigt, dass laut «Bohrprogramm» die Untersuchung der Standorte Nördlich Lägern (AG/ZH) und Südanden (SH) nach ein paar Bohrungen gestoppt werden soll. Auf dem Plan ist dies mit einem Stopp-Zeichen dargestellt. Für den Standort Zürich Nordost soll hingegen nach weiteren Bohrungen ein Rahmenbewilligungsgesuch für ein Lager für hoch radioaktiven Abfall eingereicht werden. Im Jura-Ost (AG) zeigt die Folie ebenfalls ein Bewilligungsgesuch für ein Lager für schwach- und mittelaktive Abfälle.

Völlig überraschend wäre dieses Resultat nicht. Benken im Zürcher Weinland ist das bisher am besten untersuchte Gebiet und gilt unter Geologen als Favorit. Und in der Region Jura-Ost ist kein Widerstand gegen ein Lager erkennbar. Zudem befindet sich in der Nähe das Zwischenlager Würenlingen. Dort lagert zurzeit der Abfall – der Verfrachtungsweg wäre kurz. Das spart Kosten und ist aus Sicherheitsgründen von Vorteil.



«Die Nagra muss jetzt sehr viel erklären»

Die Schaffhauser Regierungspräsidentin Ursula Hafner (SP), zuständig für das Dossier Tiefenlager, über das vertrauliche Nagra-Papier.

Frau Hafner, das vertrauliche Papier zeigt ein Szenario, das bereits die Lagerorte benennt, wo der Abfall hinkommen soll. Im Dokument wird auch ein künftiger Bundesratsentscheid vorweggenommen. Was sagen Sie dazu?

Es ist nicht ganz unerwartet, dass die Nagra, um Kosten und Aufwand zu sparen, solche Strategien entwickelt. Es wurde schon länger hinter vorgehaltener Hand gemunkelt, dass die Nagra nicht ergebnislos an diesen Prozess geht. Dieses Papier liefert einen weiteren Hinweis auf die Voreingenommenheit der Nagra.

Was muss nun passieren?

Das Bundesamt für Energie und das eidgenössische Nuklearinspektorat als Aufsichtsorgan muss seine Unabhängigkeit unter Beweis stellen und genau abklären,

wie die Nagra zu solchen Annahmen kommt und ob noch weitere Explorationsstrategien mit anderen Annahmen existieren.

Was genau erwarten Sie von den Behörden in Bern?

Ich will wissen, ob das Nuklearinspektorat und das BFE eingeweiht waren oder ob dies eine Strategieplanung allein der Nagra ist. Wenn unsere Aufsichtsbehörde glaubwürdig sein will, muss sie die Sache genau untersuchen.

Welche Schritte werden Sie in Ihrem Kanton einleiten?

Ich will mich nach den Ferien sofort mit meinen Experten zusammensetzen und beschliessen, was zu tun ist. Die Nagra muss jetzt sehr viel erklären. Sie hat bisher



immer gesagt, dass alle Gebiete mit der gleichen Ernsthaftigkeit untersucht werden. Das Papier spricht eine andere Sprache.

Was bedeutet es für die Bevölkerung in Ihrem Kanton?

Diese Rahmenannahmen der Nagra stellen die Bemühungen der Leute, die sich nun im Partizipationsprozess einbringen, an Sitzungen gehen und Oberflächenanlagen diskutieren, ernsthaft infrage. Diese Bürger müssen sich verschaukelt vorkommen. Zudem kostet dieser Prozess auch in jenen Gebieten Millionen, die nach dem Nagra-Dokument gar nicht zum Zug kommen werden – wie der Wellenberg und der Jura Südfuss.

Gegen Bäume wird ermittelt

GLP-Nationalrat im Visier der Justiz

ZÜRICH Nach seinem Schwächeanfall droht dem grünliberalen Parteipräsidenten Martin Bäumle weiteres Ungemach: Jetzt nimmt ihn die Justiz ins Visier. Seit vergangener Montag ermittelt die Staatsanwaltschaft des Kantons Zürich gegen den GLP-Nationalrat.

Bäumle wird vorgeworfen, im Zusammenhang mit einem Hochhausprojekt in Dübendorf das Amtsgeheimnis verletzt zu haben. Der zuständige Staatsanwalt Thomas Aerne bestätigt entsprechende Informationen der SonntagsZeitung: «Wir haben gegen Martin Bäumle am 1. Oktober eine Strafuntersuchung wegen Verletzung des Amtsgeheimnisses eröffnet.»

Damit reagieren die Behörden auf eine Anzeige des Dübendorfer SVP-Präsidenten und Kantonsrates Orlando Wyss. Der Lokalpolitiker zeigte Bäumle im vergangenen Mai an, nachdem bekannt geworden war, dass dieser als Finanzvorsteher der Stadt Dübendorf kurz vor der kommunalen Abstimmung über ein Hochhausprojekt im November 2011 dafür gesorgt hatte, dass Informationen über Betreibungen des Grundstückbesitzers an die Medien gelangten. Das Projekt wurde in der Folge abgelehnt. Der Stadtrat hat Bäumle wegen seines Vorgehens gerügt.

Grünes Licht für Ermittlungen gegen Bäume

Da es sich bei Bäumle um eine Amtsperson handelt, musste das Obergericht des Kantons Zürich zuerst abklären, ob die Staatsanwaltschaft zu einem Verfahren überhaupt ermächtigt ist. Ende September gaben die Verantwortlichen grünes Licht.

Anzeigeerstanter Orlando Wyss ist froh, dass nun Bewegung in die Sache kommt: «Endlich nimmt die Justiz sich der Sache an.» Bäumle selbst sieht dem Strafverfahren gelassen entgegen: «Ich bin nach wie vor der Meinung, dass ich keine Straftat begangen habe.» Diese Einschätzung habe auch Oberstaatsanwalt Andreas Eckert mit ihm geteilt. «Jetzt bleibt mir wohl nichts anderes übrig, als abzuwarten.» Mehr gäbe es dazu zurzeit nicht zu sagen.

FABIAN EBERHARD

Gibt sich gelassen: GLP-Chef Martin Bäumle



Die Nagra erklärt, die Aktennotiz habe keine detaillierte Planung zum Inhalt, sie sei lediglich ein modellhafter Ablauf mit hypothetischen Resultaten. Es gehe um eine Zeit- und Kostenabschätzung. «Konkrete Kosten lassen sich nur anhand von konkreten Szenarien an konkreten Orten ermitteln», schreibt sie. Auch wenn der skizzierte Ablauf theoretisch als reines Modell zu zeigen, also ohne konkrete Namen der Standorte – um Fehlinterpretationen zu vermeiden». Die SonntagsZeitung stellt das Dokument sowie die Argumente der Nagra ins Internet (www.sonntagszeitung.ch).

«Es geht um die Identifizierung geeigneter Standorte»

Die SonntagsZeitung hat ferner fünf unabhängige Geologen konsultiert. Sie wollte wissen, ob es sich bei dem Dokument tatsächlich um ein rein hypothetisches Modell zur Kostenabschätzung handelt oder um ein wahrscheinliches Szenario. In diesem Fall wäre die Unvoreingenommenheit der Nagra infrage gestellt.

Die Kostenabschätzung sei kein primäres Ziel dieses Dokuments, meint der deutsche Wissenschaftler Gerhard Schmidt vom Öko-Institut in Darmstadt. «Es geht, soweit ich es sehe, um die Identifizierung geeigneter Standorte und den Ausschluss weniger geeigneter Standorte». Iwan Stössel, im Kanton Schaffhausen zuständiger Geologe für das Dossier Tiefenlager, sagt: «Das Szenario in diesem Dokument scheint genau das abzubilden, wie wir die Nagra in der Realität erleben; der Prozess wird nicht so ergebnisoffen geführt, wie das unserer Ansicht nach sein müsste.» Drei weitere Experten für Explorationsen wollten nur anonym eine Analyse abgeben. Das Thema ist für sie ein zu heisses Eisen. Sie sagen:

► Bei einem Modell nenne man die Standorte üblicherweise nicht mit Namen, sondern mit Platzhaltern wie A, B, C. Durch Benennungen wie ZNO für Zürich Nord werde aus einem Modell ein konkreter Plan.

► Durch die Tatsache, dass gerade die Bohrplanung als «vertraulich» klassifiziert wurde, dränge sich der Verdacht auf, dass hier eine detaillierte Planung vorliege und die «Stopp»-Zeichen gesetzt wurden, um ein Budget einzuhalten.

► In Zürich Nordost lägen die bisher detailliertesten Messergebnisse vor. Dass gerade dort ein Tiefenlager geplant sei, erscheine kaum als Zufall.

► Verständnis für das Vorgehen der Nagra zeigt dieser Wissenschaftler: Die im Papier aufgezzeichneten «Rahmenannahmen» erachte er als mögliche und wahrscheinliche Annahme für die weitere Planung. «Dies ist ein bei solchen langfristigen und auf vielen Unsicherheiten beruhenden Planungen wohl zweckmässig».

Das Dokument sorgt bereits für Aufruhr. Das Bundesamt für Energie hat in den letzten Tagen vom Strategiepapier Kenntnis erhalten und hat von der Nagra Erklärung verlangt.

CATHERINE BOSS ZUM NAGRA-DOKUMENT AUF SEITE 16